



## **Aktuelle Debatte**

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **DDR-Unrecht weiter aufarbeiten - Versöhnung fördern**

Es wird beantragt, zur 12. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 6./7. April 2017 eine Aktuelle Debatte zum o. g. Thema durchzuführen.

### **Begründung**

Am 28. März 2017 übergab die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur den 23. Tätigkeitsbericht ihrer Behörde an die Landtagspräsidentin und die Landesregierung. Sie berichtet zu den Schwerpunkten der Beratung von Verfolgten der Deutschen Demokratischen Republik, der Rehabilitierung und Anerkennung sowie zur Erinnerungskultur. Dies und der vom 28. bis 30. April 2017 in Magdeburg stattfindende Bundeskongress der mit der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit befassten Beauftragten und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zum Thema „Erinnern und Zeichen setzen! Zeugnisse politischer Verfolgung und ihre Botschaft“, sind Anlass, zum oben genannten Thema eine Aktuelle Debatte durchzuführen.

Nach wie vor leisten die für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und die Aufarbeitung von DDR-Unrecht verantwortlichen Beauftragten auf Bundes- und Landesebene sowie die Gedenkstätten, die Opferverbände und mit der Betreuung von Betroffenen befasste Psychiaterinnen und Psychiater, sowie Seelsorgerinnen und Seelsorger einen unschätzbaren Beitrag zur Aufarbeitung des in der DDR begangenen Unrechts. Sie tragen durch ihre Arbeit dazu bei, die gemeinsame deutsch-deutsche Geschichte begreifbar zu machen, ihre dunklen Kapitel auszuleuchten und entstandene Wunden zu heilen.

Neben dem Erkenntnisgewinn, den unsere Gesellschaft durch die Rekonstruktion und Nachvollziehbarkeit der DDR-Unrechtsgeschichte erfährt, dient Erinnerungsarbeit auch dem Erlangen historischer Gerechtigkeit. Den Opfern der SED-Diktatur wird Raum gegeben, ihre gegen das damalige Unrecht gerichteten Aktivitäten sichtbar werden zu lassen. Auch wird die Unterdrückung, die sie erfahren haben, durch Erinnerungsarbeit anerkannt. Das sind notwendige Voraussetzungen für Versöhnung.

Cornelia Lüddemann  
Fraktionsvorsitzende